

Welches AHV-Alter für Frauen?

Die im Juni 1995 von den beiden grossen Schweizer Gewerkschaftsverbänden SGB und CNG eingereichte sogenannte Auffang-Initiative verlangt, dass das Rentenalter für Frauen bei 62 Jahren bleibt, bis die 11. AHV-Revision in Kraft tritt. Aus der Sicht der Gewerkschaften brachte die 10. AHV-Revision Verbesserungen (vor allem für die Frauen), aber auch einen gewichtigen Nachteil: Die Kosten der AHV-Revision sollen unter anderem durch eine schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre bezahlt werden. Die Auffang-Initiative will dies rückgängig machen.

Das sagen die Initianten

- Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will ein tieferes Rentenalter. Die Pläne, das Rentenalter für beide Geschlechter auf 65 oder gar 67 Jahre hinaufzusetzen, widersprechen den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen.

- 62 Jahre sind genug. Es ist der falsche Weg, angesichts der zunehmenden Belastungen in der Arbeitswelt das Rentenalter hinaufzusetzen. Wenn alte Menschen zwei Jahre zusätzlich arbeiten müssen, fehlen zusätzlich Arbeitsplätze. Dies hätte 35 000 zusätzliche Arbeitslose zur Folge.

- Ein höheres Rentenalter ist realitätsfremd. In vielen Betrieben gehören Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits ab 55 Jahren zum alten Eisen und werden frühpensioniert oder einfach entlassen. Solche Menschen finden praktisch keine Arbeitsstelle mehr.

- Ein höheres Rentenalter kostet viel Geld. Durch entlassene ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämen auf die Arbeitslosenversicherung und die Invalidenversicherung immense Mehrkosten zu. Die Gemeinden müssten ihre Ausgaben für die Sozialhilfe noch mehr steigern.

Das sagen die Gegner

- Das Rentenalter 62 für Frauen kostet zuviel Geld. Ab dem Jahr 2001 müssten bei Annahme der Initiative einerseits mehr Renten ausbezahlt werden, andererseits erfolgen weniger Prämieinnahmen. Die jährliche Mehrbelastung im Vergleich zur 10. AHV-Revision mit dem höheren Rentenalter für Frauen beläuft sich auf insgesamt 700 Millionen Franken pro Jahr.

- Zwar könnte das Frauenalter 62 Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung bringen. Da der Arbeitsmarkt aber vielen Wechselwirkungen ausgesetzt ist und ein Abgang nicht notwendigerweise durch einen Zugang ersetzt wird, kann in Wirklichkeit nicht mit erheblichen Einsparungen gerechnet werden.

- Die Finanzierung eines tieferen Rentenalters für Frauen ist nicht gesichert. Die Initianten wollen die Mehrwertsteuer um ein zusätzliches halbes Prozent anheben und fordern eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer. Ständig steigende Abgaben, Preise und Steuern schaffen aber keine neuen Arbeitsplätze.

- Die Auffang-Initiative greift der 11. AHV-Revision inhaltlich vor. Dabei soll bei den Revisionsarbeiten ein flexibilisiertes Rentenalter und die vollständige Gleichstellung von Mann und Frau grundlegend überprüft werden. Da die Auffang-Initiative das Frauenrentenalter auf Verfassungsebene festschreibt, würde eine allfällige Änderung des Rentenalters eine Volksabstimmung erfordern.

René von Euw



Umstrittenes AHV-Alter für die Frauen: Demonstration auf dem Bundesplatz in Bern.

Bild Ex-Press



Colette
Nova,
geschäftsführende

Sekretärin des Bereichs
Sozialpolitik beim
Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SBG).

Die Finanzierung der AHV ist nicht gefährdet

«Am 27. September entscheiden wir, ob das Rentenalter in Zukunft sinkt oder ob es steigt. Der Bundesrat möchte das Rentenalter für Männer und Frauen auf 65 Jahre festlegen. Die AHV-Auffang-Initiative verlangt für Frauen ein Rentenalter ab 62 Jahren. Umfragen zeigen: Eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will, dass Männer und Frauen ab 62 Jahren selbst entscheiden können, ob sie in Pension gehen oder nicht. Die Abstimmung über die AHV-Auffang-Initiative ist eine wichtige Weichenstellung für

die Zukunft der AHV. Wer ja sagt zu dieser Initiative, sorgt dafür, dass in der Schweiz künftig ein Rentenalter ab 62 möglich wird.

Rund um die Finanzierung der AHV wird jetzt viel Lärm gemacht. Viele Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und AHV-Beiträge eingezahlt haben, werden dadurch verunsichert. Doch: Die Finanzierung der AHV ist nicht gefährdet. Ab nächstem Jahr wird der Bundesrat das vom Volk bereits beschlossene zusätzliche Mehrwertsteuerprozent für die AHV erheben. Auch für die weitere Zukunft sind Finanzierungslösungen auf dem Tisch.

Die oberen Zehntausend können auch ohne AHV mit 62 (oder noch früher) aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sich frühpensionieren lassen oder einfach vom Vermögen leben. Wer aber ein kleines oder mittleres Einkommen hat, ist auf die AHV dringend angewiesen. Ein Rentenalter 62 ist für die Mehrheit der Bevölkerung nur möglich, wenn die AHV dafür die Voraussetzungen schafft. Ein Ja zur AHV-Initiative sorgt dafür, dass die AHV auch in Zukunft soziale Sicherheit im Alter für alle garantieren kann.»



Vreni
Spoerry,
Ständerätin (FDP/ZH),
Horgen.

Die Initiative ist ein ungedeckter Check auf die Zukunft

«Die Vorschläge des Bundesrats zur 11. AHV-Revision machen deutlich, dass ein Ja zur AHV-Auffang-Initiative nicht verantwortet werden kann. Zwischen 1999 und dem Jahr 2007 beansprucht der Bundesrat für die AHV/IV 3,5 zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, also rund neun Milliarden Franken zusätzliche Mittel. Wir wären damit im Jahr 2007 bei einem Mehrwertsteuersatz von 10 Prozent mit entsprechenden Preissteigerungen für alle angelangt. Die nach diesem Zeitpunkt weiterhin steigenden Bedürfnisse der AHV sind zudem nicht berücksichtigt.

Dabei sieht der Bundesrat ab dem Jahr 2009 vor, das Rentenalter für Männer und Frauen auf 65 Jahre festzulegen mit der Möglichkeit des vorzeitigen Rücktritts ab 62 Jahren. Die massiv veränderte Altersstruktur der Bevölkerung lässt keine andere Wahl. Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentenbezüglern darf sich nicht weiter zu Lasten der aktiven Generation verschieben, sonst wird die AHV unbezahlbar.

Deshalb können wir uns eine Zementierung des Frauenrücktrittsalters bei 62 Jahren nicht leisten. Gemäss Gleichstellungsgebot der Verfassung müsste eine Senkung des Männerrücktrittsalters folgen. Das würde die AHV jährlich mit weiteren Milliardenbeträgen belasten. Aus Rücksichtnahme auf die nächste Generation können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Ständig steigende Abgaben und Preise schaffen keine Arbeitsplätze. Die AHV-Auffang-Initiative ist ein ungedeckter Check auf die Zukunft und ein Bumerang für unsere Nachkommen. Die langfristige Sicherung der AHV erfordert Augenmass und tragbare Antworten auf die veränderten Herausforderungen.»